

# Ökonomische Globalisierung und politischer Wettbewerb

Über die Politik von Wettbewerbsstaaten in den Internationalen Wirtschaftsbeziehungen - untersucht am Beispiel der Triade USA, Japan und Bundesrepublik Deutschland

*(Zusammenfassung)*

In den komplexen Prozessen ökonomischer Globalisierung, die Gegenstand einer ausführlichen Darstellung sind, identifiziert die Arbeit die wichtigste Herausforderung unserer Zeit für die führenden Wirtschaftsnationen, also auch für die Triademitglieder Japan, USA und Deutschland. Dabei bemüht sie sich neben einer kritischen Aufarbeitung der (wissenschaftlichen) Globalisierungsdebatte um eine differenzierte Betrachtung und die phänomenologische Erfassung dieses Prozesses, von dem in erster Linie zwar ökonomische Akteure, aber zunehmend auch politische Systeme betroffen sind, indem sich die Kosten für bestimmte (distributive) Politikoptionen nachhaltig verändern. Der Durchgriff ökonomischer Globalisierung auf die politischen Agenden ist also ein mittelbarer.

Mit Hilfe des idealtypischen Modells des Wettbewerbsstaates wird verdeutlicht, auf welche Strategien die politischen Administrationen der Nationalstaaten im Wettbewerb um globale Wohlstandsressourcen, in dessen Verlauf ihre Steuerungsfähigkeit und die Verpflichtungskraft gegenüber Unternehmen und Kapitalanlegern nachgelassen hat, zurückgreifen können und sollten. Das Wettbewerbsstaatsmodell erstellt insofern in Zeiten wachsender ökonomischer Interdependenz einen rational erwartbaren Forderungskatalog an politische Entscheidungsträger.

Ökonomische Globalisierungsprozesse führen zu einem Wettbewerb zwischen verschiedenen politischen Systemen, in dem es um die Erreichung und Durchsetzung systemischer Wettbewerbsfähigkeit geht. Die darin zum Tragen kommende wettbewerbsstaatliche Handlungslogik verletzt aber in korporatistischen und wohlfahrtsstaatlich orientierten Gesellschaftsmodellen tendenziell die Interessen etablierter und bei der Allokation öffentlicher Güter einflußreicher Verteilungskoalitionen. Der Widerstand dieser Verteilungskoalitionen gegen drohenden Einflußverlust kann nun wiederum unzweifelhaft in Form von politischen und ökonomischen Restriktionen auf das Internationale System zurückwirken, wenn die nationalen politischen Agenden von den Interessen verschiedener (transformations- und innovationsfeindlicher) rent-seeking-Koalitionen dominiert werden.

Protektionismus und andere Schutzpolitiken sind aber zumeist Ausweis für einen gravierenden Mangel an gesellschaftlicher Innovationsfähigkeit und Transformationsbereitschaft. Im Vergleich der in der Triade miteinander um Standortfähigkeit konkurrierenden Gesellschaftsmodelle erweist sich denn auch abschließend, dass in den USA transformationshemmende und die wirtschaftliche Prosperität einschränkende soziale Einflussgruppen in geringerem Umfang die nationale (ausenwirtschaftliche) Agenda zu bestimmen in der Lage sind, als entsprechende Gruppen in Japan oder Deutschland. Im Ergebnis beobachten wir möglicherweise eine Entwicklung, die als Dialektik der Globalisierung bezeichnet werden kann: Ökonomischer und politischer Wettbewerb droht, gerade von jenen Gesellschaften zurückgewiesen oder nachhaltig beeinträchtigt zu werden, die ursprünglich ihre Wohlstandsrenten ebendiesem Wettbewerb zu verdanken haben.

*Danko Knothe*